

Politik & Wirtschaft

Wie Kitas mit dem giftigen Babypulver umgehen

Der Albtraum aller Eltern Vergiftete Babynahrung gibt momentan zu reden. Auch im Chinderhuus Öpfelbaum in Gattikon ZH. Wobei man dort überrascht ist, wie entspannt die Eltern reagieren. Zu Besuch bei den «Müüs» in Gattikon.

Chris Winteler

Ein Dutzend kleiner Mädchen und Buben badet in einem Meer aus buntem Konfetti. Baby Luca schaut von seiner Sitzschale aus mit grossen Augen zu. Es ist Fasnacht im Chinderhuus Öpfelbaum im zürcherischen Gattikon. Luca ist einer von sechs Säuglingen, die in der Kita betreut werden. Wobei heute die Hälfte der Müüs – die Babys werden hier Müüs, die älteren Kinder Büsi genannt – nicht hier ist. «Sie chötzled», sagt Kita-Leiterin Katharina Schacher. «Magen-Darm geht um», beschwichtigt sie so gleich. Die Babys hätten nicht etwa verunreinigtes Milchpulver getrunken.

Seit Wochen schon dauert der Skandal um Babymilch an. Mütter und Väter weltweit sind beunruhigt: Welche Nahrung ist derzeit gefährlich? Wie schätzt man allfällige Symptome eines Babys richtig ein?

Eltern geben Milchpulver in der Kita ab

Als erster Nahrungsmittelkonzern zog Nestlé Anfang Januar zahlreiche Produkte aus dem Sortiment. Es folgten immer mehr Rückrufaktionen: Die Marken Aptamil, Babybio, Beba oder Bimbosan stehen im Verdacht, mit Cereulid kontaminiert zu sein. Dieser Giftstoff kann zu Durchfall, Übelkeit und starkem Erbrechen führen.

Wenn man von Babymilch spricht, meint man eigentlich ein Pulver, das mit Wasser angemischt wird. Die Hersteller gehen davon aus, dass das Gift in einem Öl enthalten ist, das Milchpulver während der Produktion beigemischt wird. Der chinesische Hersteller Cabio Biotech mit Sitz in Wuhan steht als Verursacher in Verdacht.

Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) hat auf seiner Website eine Liste mit verunreinigten Produkten veröffentlicht. Die



Eltern sind aufgefordert, das Milchpulver für den Babyschoppen zu überprüfen (Symbolbild). Fotos: Getty Images / Rahel Zuber

se hängt auch im Müüs-Bereich an der Wand – 29 Artikel von Nestlé, Hochdorf und Danone stehen darauf. Das Chinderhuus Öpfelbaum gehört zur Stiftung Kindertagesstätten Thalwil. Sie versorgt in ihren fünf Kitas etwa 60 Babys zwischen drei und achtzehn Monaten. Ein Drittel sei auf Milchpulver angewiesen, sagt Geschäftsleiterin Sandra Ringger.

Die Eltern sind verantwortlich für die Nahrung ihrer Säuglinge, sie geben das Milchpulver oder die abgepumpte Milch,

falls die Mutter stillt, in der Kita ab. Die Betreuerinnen und Betreuer haben alle Dosen, Chargennummern und Haltbarkeitsdaten mit der Liste abgeglichen. Was gar nicht so einfach gewesen sei, sagt Kita-Leiterin Katharina Schacher. «Nicht immer wird das Pulver in der Originaldose gebracht, manchmal erhalten wir auch bloss einen Beutel.»

In Frankreich sind im Januar drei Neugeborene gestorben, die verunreinigte Babymilch getrunken hatten. 15 weitere Säuglinge mussten im Spital behan-

delt werden. In der Schweiz haben sich bisher 20 Eltern von erkrankten Kleinkindern beim Bund gemeldet.

Erste Testresultate seit gestern in der Schweiz

In der Schweiz werden Proben der verwendeten Säuglingsnahrung derzeit von den kantonalen Labors Basel und Genf gleich doppelt analysiert. Erste Resultate liegen seit gestern vor: In zwei der bisher drei geprüften Proben wurde Cereulid festgestellt. Betroffen sind Produkte

der Marke Aptamil von Hersteller Danone.

Trotz den Meldungen würden die Mütter und Väter gar nicht so beunruhigt reagieren, stellen Sandra Ringger und Katharina Schacher erstaunt fest. Bisher seien keine Fragen an sie gelangt. «Vielleicht erachten sie die Gefahr als nicht dramatisch», vermutet Schacher, «vielleicht vertrauen sie uns auch einfach.»

Eine so alarmierende Rückrufaktion habe sie jedenfalls noch nie erlebt, und sie arbeite immerhin schon seit 25 Jah-



«Viele Eltern erachten die Gefahr als nicht dramatisch.»

Sandra Ringger (links) und Katharina Schacher
Chinderhuus Öpfelbaum

ren hier. Ab und zu würde Plastikspielzeug aus China vom BLV aus dem Verkehr gezogen, das aber betreffe die Einrichtungen der Stiftung nicht, hier würden die Kinder vorwiegend mit Spielsachen aus Holz spielen.

Auch die Konfetti seien unbedenklich, sagt Schacher, «umweltverträglich und harmlos, auch wenn ein Papierschnitzel im Mund eines Kindes landet». Die Luzernerin bringt die Fasnacht ins Chinderhuus – inklusive 30 Kilogramm Konfetti in Blau, Rot, Gelb, «es muss nicht jedes Jahr Pink sein».

Die Büsi im Chinderhuus Öpfelbaum machen inzwischen ihr morgendliches Yoga, erst den Frosch, dann die Ameise und schliesslich den Baum. Danach trinken sie aus ihren Flaschen Wasser oder ungesüßten Tee und knabbern an Apfelschnitzen. Während Muus Luca kräftig an seinem Schoppen saugt – alles wie gewohnt.

Finanzkontrolle warnt vor Sicherheitslücken bei E-ID und empfiehlt Verschiebung

182-Millionen-Projekt Kurz vor der Lancierung des elektronischen Identitätsnachweises wird das Prestigeprojekt scharf kritisiert.

Es war eine der knappsten Abstimmungen der vergangenen Jahre. Hauchdünne 50,2 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung stimmten Ende September 2025 dem Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis (E-ID-Gesetz) zu. Bundesrat Beat Jans (SP) war nach dem Urnengang denn auch nur bedingt nach Jubeln zumute. Es gebe offensichtlich nach wie vor «starke Bedenken», sagte er noch am Abend des Abstimmungssonntags an der Pressekonferenz.

Solche starken Bedenken äussert nun die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) in einem neuen Bericht. Die EFK unterzog das 182-Millionen-Franken-Projekt bereits zum zweiten Mal einer unabhängigen Prüfung und stellt fest, dass die E-ID noch nicht reif für eine Lancierung sei. «Die EFK ist angesichts der Zahl der noch offenen Themen im Programm besorgt», heisst es im Bericht.

Die E-ID ist das digitale Pendant zur analogen Identitätskarte. Mit ihr soll man sich künftig gegenüber Behörden – etwa beim Grenzübertritt – ausweisen können. Auch gegenüber Unternehmen – etwa beim Alkoholkau oder beim Onlineshopping – soll die digitale Identitätskarte zum Einsatz kommen, in der Regel, um sein Alter nachzuweisen. Abgespeichert wird die E-ID in der App Swiyu, eine Art digitales Portemonnaie, welches der Bund verantwortet.

End-to-End-Verschlüsselung noch nicht vollständig

Im Abstimmungskampf hiess es noch, die Schweizer Bevölkerung könnte bereits Mitte 2026 mit der Einführung der E-ID rechnen. Diesen Zeitplan hält die EFK angesichts der noch offenen Baustellen allerdings für wenig realistisch. Da bei der E-ID «Fehlerfreiheit und Reife des Produktes» höher zu gewichten seien als

eine termingerechte Einführung, empfiehlt sie dem zuständigen Bundesamt für Justiz, weitere Tests durchzuführen.

Die EFK kritisiert beim aktuellen Projekt gleich mehrere Punkte. Wichtige Sicherheitsfunktionen wie etwa die End-to-End-Verschlüsselung – also der zusätzliche Schutz zwischen der Swiyu-App und den Unternehmen, welche über die App Daten beziehen – seien noch nicht vollständig eingebaut. Die App, die es in einer Beta-Version bereits in den gängigen App-Stores gibt, ist laut EFK auch nicht fertig entwickelt. Bei der Identitätsüberprüfung, welche beim Ausstellen der E-ID vom Fedpol durchgeführt werden muss, gibt es ebenfalls noch offene Fragen.

Besonders kritisch beurteilt die EFK aber die Handhabung des sogenannten Vertrauensregisters. Unternehmen sollen dereinst die Möglichkeit haben, sich entweder in einem Basis-

oder in einem Vertrauensregister für die Nutzung der E-ID zu registrieren. Während es für einen Eintrag im Basisregister keine vertiefte Prüfung gibt, werden Unternehmen für die Aufnahme ins Vertrauensregister vom Bund näher geprüft. Allerdings sollen Nutzerinnen und Nutzer der E-ID gemäss dem jetzigen Stand keine Einsicht darüber haben, ob ein Unternehmen vom Bund als vertrauenswürdig eingestuft wurde oder nicht.

Europäische Union könnte E-ID nicht akzeptieren

Die E-ID-Verantwortlichen vom Bundesamt für Justiz wollen bislang darauf verzichten, geprüfte Unternehmen speziell zu kennzeichnen, um niemanden zu «bevorzugen». Die EFK findet das paradox, weil genau diese Prüfung eigentlich Vertrauen schaffen soll.

Die Finanzkontrolle sieht angesichts der Sicherheitslücken sogar die Gefahr, dass EU-Län-

der die Schweizer E-ID gar nicht als offizielles Ausweisdokument akzeptieren werden. Die EU fordert in ihren Richtlinien, dass für elektronische Identitätsnachweise das höchste von vier möglichen Sicherheitsniveaus anzustreben ist. Die Schweizer E-ID erreicht momentan nur die zweithöchste Stufe.

Wenig Verständnis beim Bundesamt für Informatik

Das für das Gesamtprojekt verantwortliche Bundesamt für Justiz (BJ) sagt, die von der EFK aufgezeigten Optimierungsmöglichkeiten seien für die noch anstehenden Umsetzungsarbeiten bereits eingeplant. Es sei normal, dass rund ein Jahr vor Betriebsaufnahme verschiedene Punkte zwar geplant, aber noch nicht umgesetzt seien.

Auf deutlich weniger Verständnis stösst die Kritik beim ebenfalls involvierten Bundesamt für Informatik (BIT). «Wenn

die EFK Sachverhalte bemängelt, die Teil eines planmässigen Vorgehens sind, und keine Anhaltspunkte für Abweichungen von diesem Vorgehen bestehen, weisen solche Erkenntnisse einen eingeschränkten Mehrwert auf und führen zu einer inadäquaten Darstellung der Risikosituation», lässt sich das Amt verlauten. Die von der EFK bemängelten Punkte seien offene Aspekte eines agilen Vorhabens und würden planmässig umgesetzt.

Ob die Einführung nach hinten verschoben wird, lässt das BJ derweil offen. «Die Arbeiten an der E-ID sind nach wie vor im Gange», sagt Sprecherin Liliane Marti. Mit der Lancierung sei frühestens im dritten Quartal 2026 zu rechnen. «Der Bundesrat wird zu gegebener Zeit über den weiteren Zeitplan informieren.» Diesem Entscheid könne das BJ nicht vorgreifen.

Quentin Schlapbach